

# »Ein Militärputsch war im Mandat nicht vorgesehen.«

Interview mit Volker Perthes, dem ehemaligen Sonderbeauftragten des Generalsekretärs (SRSG) für Sudan und Leiter der Integrierten Hilfsmission der Vereinten Nationen für den Übergang in Sudan (UNITAMS) über die Konfliktlage in Sudan, die Rolle der UNITAMS und drei konkrete Maßnahmen, die die internationale Gemeinschaft unternehmen kann.

**Patrick Rosenow:** Jan Egeland, der Generalsekretär des Norwegian Refugee Council, bezeichnete in einem Interview Ende des letzten Jahres die Lage in Sudan als »größte[n] vergessene[n] Krieg unserer Zeit«. <sup>1</sup> Wie würden Sie die dortige derzeitige Situation beschreiben?

**Volker Perthes:** Ich denke, Jan Egeland hat Recht. Wir haben den Krieg zwar nicht vergessen, aber in der öffentlichen Aufmerksamkeit ist er sehr weit nach hinten gerückt. Das gilt insbesondere seit der neuen Eskalation zwischen Israel und der Hamas vom 7. Oktober 2023 und mit dem russischen Krieg gegen die Ukraine, der zumindest für Europa ganz vorne im Interesse steht. In Sudan handelt es sich seit Mitte April 2023 um einen ununterbrochenen Krieg. Beide Kriegsparteien, die Sudanesischen Streitkräfte (Sudanese Armed Forces – SAF) und die Schnellunterstützungskräfte (Rapid Support Forces – RSF), vermitteln kein Interesse daran, sich auf eine Konfliktbeilegung einzulassen. Es ist ein Krieg, der mit über sechs Millionen neuvertriebenen Binnenflüchtlingen sowie Menschen, die in die Nachbarländer geflohen sind, die größte humanitäre Katastrophe hervorgerufen hat, die wir zurzeit erleben.

**Warum ist der Krieg am 15. April 2023 ausgebrochen? Zeichnete sich die letzte militärische Eskalation zwischen dem derzeitigen Befehlshaber und De-facto-Präsident Abdel Fattah al-Burhan mit den SAF und den RSF unter Mohammed Hamdan Dagalob?**

Die erheblichen Spannungen zwischen den SAF und den RSF bauten sich bereits in den zwei bis drei Monaten davor auf. Wir haben zusammen mit unseren Partnern der Afrikanischen Union (AU) und der Zwischenstaatlichen Behörde für Entwicklung (IGAD) versucht, zur Deeskalation beizutragen. Die

Integrierte Hilfsmission der Vereinten Nationen für den Übergang in Sudan (United Nations Integrated Transition Assistance Mission in Sudan – UNITAMS) hat versucht, die Konfliktparteien davon abzuhalten, sich in einen offenen militärischen Konflikt zu begeben. Das ist uns nicht gelungen. Die Ursache ist – vereinfacht gesagt –, dass wir zwei Militärs haben: die SAF, also die Armee, und die RSF, die Teil der Streitkräfte sind und als reguläre Streitkräfte galten. Beide führten gemeinsam im Oktober 2021 einen Militärputsch gegen die damalige zivile Regierung durch. Beide Parteien haben sich letztlich darüber zerstritten, wie sie mit jenem umgehen, was sie sich gewaltsam angeeignet haben. Wir haben einen Konflikt über die »Beute des Coups«. Aber letztlich ist ihnen der Putsch nicht gelungen: Sie haben zwar die zivile Regierung aus dem Amt gedrängt,



Der Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für Sudan, Volker Perthes, unterrichtete den UN-Sicherheitsrat im Mai 2023 über die Lage in Sudan und Südsudan und die Aktivitäten der UNITAMS. UN PHOTO/E. DEBEBE

<sup>1</sup> Anna Osius, »Der größte vergessene Krieg unserer Zeit«, Tagesschau, 24.11.2023, [www.tagesschau.de/ausland/afrika/sudan-fluechtlinge-humanitare-katastrophe-tschat-un-100.html](http://www.tagesschau.de/ausland/afrika/sudan-fluechtlinge-humanitare-katastrophe-tschat-un-100.html)

aber sie haben es nicht geschafft, eine funktionierende Regierung einzusetzen, funktionierende Verwaltungsstrukturen überall im Land aufzubauen oder beizubehalten und die wirtschaftliche Lage stabil zu halten. Unter dem Druck der Verhältnisse, die sie selbst verursacht haben, haben sie sich darauf eingelassen, mit zivilen Akteuren darüber zu sprechen, wie die zivile Herrschaft wieder hergestellt werden kann. In diesem Prozess haben sich die SAF und die RSF zerstritten.

## »Das Ziel war es, die Rückkehr zu einer zivilen Regierungsführung zu ermöglichen.«

Der Coup vom Oktober 2021 fiel auch in die Zeit der UNITAMS und veränderte rasch die Mandatsausübung. Wir waren schließlich da, um nach der Revolution gegen das Regime unter Omar al-Baschir im Jahr 2019 die zivile Transformation des Landes zu unterstützen. In dem Moment, in dem es im Oktober 2021 den Militärcoup gab, also neun Monate nachdem ich als Sonderbeauftragter des Generalsekretärs (Special Representative of the Secretary-General – SRSG) für Sudan und Leiter der UNITAMS begonnen hatte, haben sich für uns einige Grundfragen neu gestellt: Was tun wir nun eigentlich und wie? Die Aufgabe war, dabei zu helfen, den Coup wieder rückgängig zu machen oder »abzuwickeln«. Das hieß konkret, Gespräche zwischen denen, die den Putsch durchgeführt hatten, und denen, die aus dem Amt gejagt worden waren, auf den Weg zu bringen. Das Ziel dabei war, die Rückkehr zu einer zivilen Regierungsführung zu ermöglichen.

**Im Januar 2021, knapp zwei Jahre nach dem Sturz des langjährigen Machthabers Omar al-Baschir, wurden Sie zum SRSG für die UNITAMS-Mission ernannt. Welche Aufgaben hatten Sie und die Mission?**

In der Mission, die auf Bitten der sudanesischen Regierung eingerichtet worden war, ging es um die Unterstützung einer komplexen Transition. Die Transition sollte eine dreifache sein: eine Transition von 30 Jahren autokratischer Herrschaft des Baschir-Regimes zu Pluralismus und Demokratie; von nahezu kontinuierlichem Bürgerkrieg zu zivilem Frieden und schließlich von wirtschaftlichem Mismanagement und Korruption zu nachhaltiger Entwicklung. In allen drei Bereichen kooperierte die UNITAMS mit dem UN-Landesteam, also mit den verschiedenen UN-Institutionen und -Programmen –

vor allem zum dritten Aspekt der wirtschaftlichen Transition.

In enger Zusammenarbeit mit der Regierung sind wir in diesen ersten neun Monaten vor dem Militärcoup relativ weit gekommen. Im Bereich politische Transformation haben wir die rechtsstaatlichen Reformen, die Vorbereitung des Wahlgesetzes und die Einsetzung einer Verfassungskommission vorangebracht. Im Bereich Frieden unterstützten wir in Zusammenarbeit mit Südsudan Verhandlungen zwischen der sudanesischen Regierung und der Sudanesischen Volksbefreiungsarmee Nord unter Führung von Abd al-Aziz al-Hilu (SPLM/N al-Hilu). Im Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung haben wir mit der Regierung gemeinsam das »Sudan-Partnerschaftsforum« aufgebaut, das eine Koordinierungsstelle für Entwicklungshilfeeberstaaten und die sudanesischen Regierung sein sollte. Dessen Aufgabe war es, wirtschaftliche Unterstützung zu mobilisieren und zu organisieren, die nicht nur den Präferenzen der Geberstaaten entsprechen würde. In Bezug auf den Schutz von Zivilpersonen hat UNITAMS etwa die Neuausbildung von Polizeikräften in Zusammenarbeit mit dem Innenministerium durchgeführt. Hinzu kommt das, was besondere politische Missionen (Special Political Missions – SPMs) eigentlich überall machen: die Geschlechterperspektive berücksichtigen. Wir versuchten, Frauen nicht nur zu ermutigen, sondern konkret dabei zu unterstützen, Teil politischer Prozesse – auch Verhandlungsprozesse – zu werden. Das ist uns bei den Verhandlungen in Juba in Südsudan zwischen der SPLM/N und der Regierung von Sudan auch gelungen: Es gab eine unabhängige Frauendelegation, die nicht nur im Verhandlungsraum, sondern direkt am Verhandlungstisch saß.

Der Militärcoup im Oktober 2021 veränderte nicht nur die Lage in Sudan, sondern ließ die Bereitschaft von Geberstaaten, Sudan zu unterstützen, gegen null sinken – mit Ausnahme von humanitärer Hilfe. Für uns stellte sich die Frage, welche Hilfe wir bei der politischen Transformation überhaupt noch leisten können, als diese durch das Eingreifen des Militärs sehr abrupt unterbrochen wurde. Ein Militärcoup war sozusagen nicht vorgesehen im Mandat. Für uns galt weiterhin das Mandatsziel der politischen Transition. Dies bedeutete, sehr schnell, direkt am ersten Tag nach dem Coup, mit den neuen Machthabern Kontakt aufzunehmen und diese vor allem zu drei Maßnahmen zu drängen: Erstens die Gewalt gegen demonstrierende Menschen einzustellen; zweitens den verhafteten Premierminister Abdalla Hamdok aus dem Hausarrest sowie andere politische Gefangene freizulassen und drittens sich auf einen politischen Konsultationsprozess einzulassen, der herausfinden sollte, was die sudanesischen Bevölkerung eigentlich will, um schließlich zurück

zu einer zivilen Regierung zu kommen. Das war gewissermaßen eine Re-Interpretation der konkret mandatierten Aufgaben und wurde vom Sicherheitsrat im Folgenden dann auch so unterstützt.

### **Was haben Sie unternommen, um den Putsch durch General al-Burhan zu verhindern?**

Es gab bereits im September einen versuchten Putsch vor dem Putsch, der alle politischen Akteure aufgeweckt hat. Teile der breiten Regierungskoalition hatten damit begonnen, sich gegen die zivile Regierung zu stellen und nach einem Militärputsch zu rufen. UNITAMS versuchte intensiv, gemeinsam mit zahlreichen politischen, zivilen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, mit Mitgliedern des Souveränitätsrats und anderen, sowohl mit der Regierung Hamdok, ihm persönlich, seinen Beratern als auch mit dem Militär zu reden und die Spannungen herauszunehmen. Ein Putsch konnte keine Lösung sein.

### **Was bedeutete der sogenannte ›Trilaterale Mechanismus‹ für den politischen Prozess in Sudan und welche Herausforderungen gab es bei dessen Ausgestaltung? Die Afrikanische Union (AU) hatte doch angekündigt, selbst Verhandlungen führen zu wollen in Konkurrenz zu den UN.**

Nicht wirklich. Die AU hat etwas gemacht, was die Vereinten Nationen nicht tun können. Sie hat Sudans Mitgliedschaft suspendiert. Das ist eine sehr starke, politische Sanktion. Gleichzeitig hat die AU angekündigt, dass sie bereit wären, einen Vermittler oder eine Vermittlungsdelegation nach Sudan zu schicken. Aber der Präsident des Souveränitätsrats und gleichzeitiger Anführer des Coups, General Burhan, hat sich zu diesem Zeitpunkt aufgrund der Suspendierung einen Besuch der AU verboten. Insofern war die AU unabhängig von ihren guten Intentionen zunächst nicht in der Lage, diese auch wirklich umzusetzen. Um den politischen Stillstand zu überwinden, begann UNITAMS dann nach entsprechenden Klärungen mit Hamdok und Burhan im Januar 2022 einen breit angelegten Konsultationsprozess. Innerhalb weniger Wochen führten wir rund 800 Gespräche mit Akteuren quer durch Sudan – mit den politischen Parteien, zivilgesellschaftlichen Gruppen und den bewaffneten Gruppen. Auch das Militär beteiligte sich.

Als Ergebnis dieses Prozesses veröffentlichten wir einen Bericht, der relativ klar machte, was Konsens zu sein schien. Die Mehrheit der Bevölkerung hat großen Respekt für das Militär, will das Militär aber nicht in der Regierung haben, sondern eine Rückkehr zu einer zivilen Regierungsführung. Gleichzeitig hatten sowohl das Militär als auch die bestimmenden Parteien der zivilen Regierung erheblich an Popularität verloren. Nach diesem Prozess begrüßten die Militärs auch ein Engagement der AU und

## **Volker Perthes**

Der deutsche Politikwissenschaftler Volker Perthes war von Januar 2021 bis September 2023 in der Funktion als Sonderbeauftragter des UN-Generalsekretärs und Leiter der UNITAMS in Sudan tätig. Am 8. Juni 2023 erklärte das sudanesisches Außenministerium Perthes zur ›unerwünschten Person‹. Nachdem Perthes zunächst versucht hatte, seine Aufgaben von außerhalb zu erfüllen, reichte er am 13. September 2023 seinen Rücktritt ein. Seit Oktober 2023 ist er Verantwortlicher für die unabhängige strategische Bewertung der Hilfsmission der Vereinten Nationen für Irak (UNAMI). Vor seiner Tätigkeit als Sonderbeauftragter in Sudan wurde Perthes unter anderem im September 2015 vom UN-Sonderbeauftragten für Syrien, Staffan de Mistura, zu den UN-Gesprächen für einen innersyrischen Friedensprozess hinzugezogen. Perthes Karriere begann im Jahr 1991 mit einer Assistenzprofessur an der Amerikanischen Universität in Beirut. Ein Jahr später begann er als Nahostreferent bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). In den Jahren 2005 bis 2020 leitete Perthes die SWP in Berlin.

IGAD, und wir etablierten zusammen den sogenannten ›Trilateralen Mechanismus‹ aus der AU, IGAD und UNITAMS, um einen Gesprächsprozess auf den Weg zu bringen. Dabei haben wir alle zurückhaltend agiert und klargestellt, dass wir nicht Vermittler sind, sondern uns als Fazilitatoren verstehen. Vermitteln kann man, wenn alle Seiten einen Vermittlungsprozess auch wollen. Wir ermutigten aber die Konfliktparteien, miteinander zu sprechen und leisteten Hilfestellung, wann immer das möglich war. Dieser ›trilaterale Mechanismus‹ funktionierte relativ gut, auch wenn es Schwierigkeiten und Missverständnisse gegeben hat. Dies bleibt nicht aus, wenn drei Organisationen mit unterschiedlichen institutionellen Kulturen zusammenarbeiten. Letztlich zählt, dass der Mechanismus ab Frühjahr 2022 bis zum Ausbruch des Krieges vertrauensvoll gearbeitet hat – und dies auch noch danach.

An einer Stelle haben wir mit Unterstützung des Militärs und eines großen Teils des politischen Spektrums versucht, Gespräche auf den Weg zu bringen. UNITAMS hat kontinuierlich Gespräche zwischen zivilen und militärischen Akteuren sowie zwischen verschiedenen zivilen Beteiligten ermutigt, unter anderem um einen Verfassungsentwurf zu entwerfen. Als schließlich ab dem Spätsommer 2022 das Militär und Vertreter insbesondere der Parteien, die durch das Militär im Oktober 2021 gestürzt worden sind, begannen, miteinander zu sprechen, waren wir an diesen Gesprächen nicht beteiligt. Wir wollten dies auch nicht, da es sich um einen innersudanesischen Prozess handelte. Aber wir haben es ermutigt und unterstützt. Das Ergeb-

nis war ein politisches Rahmenabkommen (›Framework Political Agreement‹), das im Dezember 2022 von den Militärs und diversen zivilen Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen unterschrieben worden ist. Es war nicht unser Abkommen, aber wir haben die Vorteile dieses Abkommens gesehen. Es war ein großer Schritt nach vorn, dass sich die Militärs und ein Großteil der zivilen Akteure auf ein Dokument geeinigt hatten.

Die UNITAMS ist von den Unterzeichnern gebeten worden, bei der Klärung von vier komplizierten Themen zu unterstützen. Dazu organisierten wir fünf Workshops, um die Zukunft des Juba-Friedensabkommens aus dem Jahr 2020 zu behandeln: zur Unrechtsaufarbeitung (Transitional Justice), Sicherheitssektorreform, zum Osten des Landes – die am stärksten marginalisierte Region Sudans – sowie zur Abwicklung des al-Baschir-Regimes. Alle Parteien, also beide Seiten des Militärs und der überwiegende Teil des politischen und zivilen Spektrums, beteiligten sich an diesem Prozess. Es nahmen Hunderte aus dem ganzen Land daran teil. Als Fazilitatoren war es uns wichtig, dass die Unterzeichner des Abkommens nicht die Mehrheit, also nicht mehr als 40 Prozent im Saal ausmachten. Wenn diese Akteure etwas für das Land machen wollten, sollten sie sich öffnen und andere Parteien, zivilgesellschaftliche Organisationen, Frauenorganisationen sowie tribale und religiöse Führer einbinden. Das ist weitgehend gelungen.

### »Die UNITAMS ist gebeten worden, bei der Klärung von vier komplizierten Themen zu unterstützen.«

Während des Workshops zur Sicherheitssektorreform wurden die Differenzen und die Konflikte zwischen der SAF und der RSF aber überaus deutlich. Am letzten Tag haben sich die Vertreter der sudanesischen Armee zurückgezogen, weil sie mit dem Verlauf der Gespräche unzufrieden waren. Ausschlaggebend dafür waren nicht die diskutierten Konzepte, wie man einen Sicherheitssektor reformiert. Alle Beteiligten waren durchaus dankbar, dass wir etwa Fachleute aus Spanien eingeladen hatten, die erzählten, wie sie den politischen Übergang nach dem Tod des Diktators Francisco Franco organisierten. Das Problem war eher das kurz- und längerfristige Verhältnis zwischen den zwei Militärformationen. Ich habe als UNITAMS-Chef immer wieder betont, dass ein Staat mit zwei oder mehre-

ren Armeen kein stabiler Staat sein wird. Das Ergebnis müsse eine Integration der RSF in die SAF unter einem einheitlichen Kommando der SAF sein. Das war für die RSF und ihre Führung eine rote Linie, würde es doch den Verlust der eigenen Machtbasis bedeuten.

### Wie versuchten Sie, die offensichtlichen Falschaussagen der Sicherheitskräfte in Ihren Gesprächen zur Gewalt gegen die Zivilbevölkerung und Verletzung des humanitären Völkerrechts zu widerlegen?

Wir hatten ein sehr aktives und gutes Büro für den Zivilen Schutz (Civil Protection), mit einer Einheit für die Förderung von Rechtsstaatlichkeit und einer Menschenrechtseinheit. Außerdem gab es ein gemeinsames Büro für Menschenrechte von UNITAMS und dem Hohen Kommissariat der Vereinten Nationen für Menschenrechte (Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights – OHCHR) im Land. Auf deren Berichte haben wir uns bezogen. Trotz Kritik seitens der Militärs haben sowohl die SAF als auch die RSF schließlich mit dem Gemeinsamen Menschenrechtsbüro kooperiert und akzeptiert, dass es zu den Aufgaben von UNITAMS gehört, Menschenrechtsverletzungen nachzugehen. Wir haben die Sicherheitskräfte mit entsprechenden Vorwürfen konfrontiert, bevor wir darüber öffentlich berichtet haben. Und wir haben die Armee, RSF oder Polizei dann um Stellungnahme gebeten und sie aufgefordert, entsprechende Verstöße abzustellen. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in der Lage gewesen, relativ schnell nach dem Putsch Gefängnisse zu besuchen und zumindest Kontakt mit den betroffenen Menschen herzustellen, was für die Angehörigen wichtig ist. Gleichzeitig ist dies schwierig, da der Zugang zu den Betroffenen immer wieder auf höchster Ebene, aber auch mit der Verwaltung des jeweiligen Gefängnisses verhandelt werden musste.

Im Frühjahr 2022 sprach ich im Sicherheitsrat über sexualisierte Gewalt vor allem gegen Demonstrantinnen durch die Sicherheitskräfte. Daraufhin teilte General Burhan in einer Rede vor einer Armee-Einheit mit, dass der SRSG aus dem Land entfernt würde, wenn dieser weiterhin solche Lügen verbreite. Wenige Tage später bin ich zu ihm gegangen, um ihn von der klaren Evidenz zu überzeugen. Er aber bestritt die Taten der Soldaten. Dabei findet sexualisierte Gewalt weiter statt, bereits während der Demonstrationen gegen den Putsch und seit dem offenen Krieg sehr viel häufiger.

### Im Juni 2023 wurden Sie von der sudanesischen Regierung zur unerwünschten Person (*Persona non grata*) erklärt, im September traten Sie zurück. Was wurde Ihnen vorgeworfen?

Nachdem der Krieg begonnen hatte, evakuierten wir den größten Teil unseres Mitarbeiterstabs und die Familienmitglieder. Ich war mit einer sehr kleinen UNITAMS-Gruppe und einer Kerntruppe des Landesteam in Port Sudan geblieben, dann im Mai 2023 zum Sicherheitsrat gereist, um über die Lage zu berichten. Als ich auf dem Weg zurück nach Sudan war, traf ein Brief von General Burhan an den Generalsekretär ein mit der Aufforderung, den SRSG auszutauschen. Burhan hat mir damals auch persönlich meine Neutralität vorgeworfen: Ich hätte nicht differenziert zwischen der sudanesischen Armee, die doch schließlich den Staat verteidige, und der Rebellenmiliz. Ich hätte beide auf eine gleiche Stufe gestellt, was inakzeptabel sei. In Konflikten wird die Neutralität der UN gegenüber den Konfliktparteien häufig nicht geschätzt. General Burhan und der Armee ging es vor allem darum, zu unterstreichen, dass sie die legitime Regierung seien und die anderen Rebellen. Alle regionalen und internationalen Akteure – der UN-Sicherheitsrat, die AU, die IGAD, Nachbarstaaten und andere – sprechen bis heute von den zwei Konfliktparteien. Das haben wir auch getan. Die Propaganda der militär-gestützten Regierung hatte sich zudem gewandelt. Nach dem Ausbruch des Krieges fingen einzelne Unterstützer des Militärs an zu behaupten, der SRSG hätte die RSF unterstützt, was natürlich Unsinn ist. Wie sind wir damit umgegangen? Der UN-Generalsekretär stellte sich im Sicherheitsrat sehr deutlich und persönlich vor seinen SRSG. Und das wiederum hat der Regierung nicht gefallen, sodass ich per Pressemitteilung und späterem Brief seitens des Außenministeriums zur *Persona non grata* erklärt wurde. Die Vereinten Nationen erklären in solchen Fällen grundsätzlich, dass sie eine solche Erklärung nicht akzeptieren. Laut unserer Rechtsabteilung ist dies ein Instrument, das Staaten gegeneinander nutzen können. Aber es ist nicht anwendbar auf das Verhältnis zwischen einem Staat und einer internationalen Organisation, in der der Staat Mitglied ist. Gleichzeitig ist es natürlich so, dass man in einer solchen Situation auch nicht ins Land zurückkehren kann. Der Staat ist souverän und kann über die Aufenthaltsgenehmigung entscheiden. Deshalb hat der Generalsekretär entschieden, dass ich meine Aufgaben aus Nairobi in Kenia fortführe, wo wir ohnehin den größten Teil unseres internationalen Stabes untergebracht hatten.

Eine Reihe von Aktivitäten konnte unser Team von Nairobi aus weiter verfolgen, bis zur Entscheidung des Sicherheitsrats über die Auflösung der Mission zum 29. Februar 2024. Dazu gehört das Permanente Waffenstillstandskomitee, in dem die Unterzeichner des Juba-Friedensabkommens und das Militär unter Vorsitz von UNITAMS agierten. Dieses hat seine Arbeit virtuell fortgesetzt. Es war

zwar nicht möglich, den Kriegsausbruch zu stoppen, aber das Komitee trug dazu bei, dass die beteiligten bewaffneten Gruppen punktuell humanitäre Konvois schützen konnten. Das hat unser Team aus Nairobi vermittelt. Die AU in Addis Abeba versuchte außerdem, eine Struktur für zukünftige Friedensprozesse aufzubauen. Die USA und Saudi-Arabien haben in Dschidda in Saudi-Arabien begonnen, Gespräche zwischen Militärs für humanitäre Waffenstillstände auf den Weg zu bringen.

### »Sexualisierte Gewalt findet statt und seit dem offenen Krieg sehr viel häufiger.«

Letztlich wurde aber klar, dass ich als SRSG wenig bewegen kann, wenn ich nicht im Land sein und nicht mit allen Konfliktparteien interagieren kann. Deshalb habe ich im September 2023 den Generalsekretär gebeten, mich von meiner Aufgabe zu entbinden.

### Hatten Sie das Gefühl, von den Mitgliedern des UN-Sicherheitsrats in Ihrer politischen Arbeit ausreichend unterstützt zu werden?

Grundsätzlich ja. Was unser Team sich immer gewünscht und worauf wir immer gedrängt haben, ist, dass der Sicherheitsrat seine Einigkeit über Sudan bewahrt. Ansonsten kann für die Mission eine unangenehme Situation entstehen, wenn die geopolitischen Auseinandersetzungen im Rat auf die Arbeit im Land durchschlagen. Immerhin wurde das Mandat bis zum Kriegsausbruch regelmäßig einstimmig verlängert. In den letzten Wochen und Monaten haben wir die Auswirkungen der geopolitischen Polarisierung auch auf unsere Arbeit durchaus gespürt.

### UNITAMS wird nach der Forderung al-Burhans und dem Beschluss des UN-Sicherheitsrats bis Ende Februar 2024 beendet. Wie bewerten Sie diese Entscheidung und wie können die UN das Land und seine Bevölkerung weiterhin unterstützen?

Das Mandat läuft Ende Februar aus, und UNITAMS wird abgebaut werden. Wichtig aber ist, dass das UN-Landesteam weiterhin vor Ort sein wird. Die humanitären Bemühungen gehen unvermindert weiter – auch angesichts sehr vieler Schwierigkeiten und im Schatten anderer Kriege, die sehr viel mehr Aufmerksamkeit erhalten. Die Kolleginnen und Kollegen in Port Sudan sind derzeit noch für UNITAMS bis Ende Februar 2024 unter meiner ehemaligen Stellvertreterin, Clementine Nkweta-Salami, tätig. Sie hat sich gleichzeitig als Residieren-

de und Humanitäre Koordinatorin in den letzten Monaten intensiv um humanitäre Hilfe für die Menschen bemüht. Das ist unter Kriegsbedingungen extrem schwierig und es gibt Gebiete, zu denen wir keinen Zugang bekommen. Gleichzeitig stellt die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (Food and Agriculture Organization of the United Nations – FAO) Saatgut zur Verfügung oder das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (United Nations Children’s Fund – UNICEF) führt weiterhin Impfkampagnen durch. Die Vereinten Nationen versuchen, im ganzen Land zu unterstützen, und müssen es relativ pragmatisch angehen – überall dort, wo wir hinkommen, ohne unser eigenes Personal zu gefährden.

## »Die internationale Gemeinschaft bleibt gefordert, den Krieg zu beenden.«

### Können Sie einschätzen, wie lange der militärische Konflikt andauern wird und was die internationale Gemeinschaft tun kann?

Nein, ich kann natürlich nicht abschätzen, wie lange der Krieg noch dauert. Die Führer der Kriegsparteien sagen beide, dass wir uns auf einen langen Krieg einstellen müssen. Es ist keine Rede mehr von einem Waffenstillstand oder von einem persönlichen Treffen, wie es zwischenzeitlich geplant war.

Es gibt aber Maßnahmen, die UNITAMS selbst noch aktiv förderte, auch wenn dies keine grundsätzliche Konfliktlösung darstellt: Um die Zivilbevölkerung zu schützen, hilft es den Menschen vor Ort enorm viel, wenn unterschiedliche Akteure sich

darauf einigen, ihre eigene Stadt aus dem Konflikt herauszuhalten. Nicht alle Menschen in Sudan können so geschützt werden, aber auch wenn es der Einwohnerschaft einer Ortschaft hilft, ist es etwas, was wir unterstützen müssen.

Und natürlich bleibt die internationale Gemeinschaft gefordert, selbst wenn die beiden Kriegsparteien kein unmittelbares Interesse daran haben, den Krieg zu beenden. Beide gehen derzeit davon aus, dass sie noch gewinnen können und müssen – die SAF wollen unter anderem die Kontrolle über die Hauptstadt Khartum zurückgewinnen; die RSF haben territoriale Geländegewinne gemacht und sehen sich weiter auf dem Vormarsch. Wenn also beide Seiten kein Interesse an einer Kriegsbeendigung zeigen, dann tun sie das auch, weil sie offensichtlich die Ressourcen haben, den Krieg weiterzuführen. Was die internationale Gemeinschaft deshalb tun muss, sind meines Erachtens zwei Sachen: Zum einen versuchen, die unterschiedlichsten regionalen und subregionalen Initiativen, die es gibt, in einen gemeinsamen Rahmen zu bringen. Arbeitsteilung ist möglich. Die einen könnten sich um einen Waffenstillstand, die anderen um einen zivil-politischen Prozess bemühen und wiederum andere könnten versuchen, auf der Spitzenebene mit den Führern der Kriegsparteien zu reden. Aber der Eindruck des ›Forum Shoppings‹ muss vermieden werden, damit nicht jede Konfliktpartei sagen kann, dass sie nur mit jenen Gespräche führt und andere in anderen Foren. Dann kämen die Parteien nicht zusammen, was nicht zielführend wäre. Die Einheit der internationalen und regionalen Gemeinschaft ist also das Eine.

Das Zweite ist der Ressourcenaspekt. Die internationale und regionale Gemeinschaft muss die Ressourcen austrocknen, mit denen der Krieg geführt wird. Das bedeutet zum einen, sich darauf zu einigen, Gold-Exporte aus Sudan, mit denen Waffenimporte bezahlt werden, zu stoppen und gegebenenfalls zu sanktionieren. Zum anderen muss ein Waffenembargo über das Land verhängt werden. Dies könnte als Sicherheitsratsbeschluss erfolgen. Beides würde die Möglichkeiten der Kriegsparteien, den Krieg weiterzuführen, zumindest einschränken.

## English Abstract

Volker Perthes

»A Military Coup was not foreseen in the Mandate.«

pp. 9–14

Volker Perthes, former Special Representative of the Secretary-General (SRSG) for Sudan and Head of the United Nations Integrated Assistance Mission for the Transition in Sudan (UNITAMS), elaborates in this interview on the conflict situation in Sudan, the role of UNITAMS, and two concrete things the international community can do to mitigate the crisis.

*Keywords: Friedenssicherung /-missionen, Konflikt/Krieg, Sudan, peacekeeping/missions, conflict/war, Sudan*

Das Interview fand am 14. Dezember 2023 in Berlin statt. Die Fragen stellte Dr. Patrick Rosenow, Leitender Redakteur der Zeitschrift VEREINTE NATIONEN.